

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/123

3. Juli 1975

Europa ist kein Streitthema

Notwendige Klarstellungen zu aktuellen Fragen

Seite 1 / 36 Zeilen

Wenn Dr. Carstens aussagt...

Der Oppositionsführer zwischen Unwehrheit und Gedächtnislücken

Seite 2 bis 4 / 103 Zeilen

EG erarbeitet Kernkraftwerke-Programm

Standortwahl nach dem Leitwort: Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit

Von Gerhard Flämig MdB

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie des Europäischen Parlaments

Seite 5 und 6 / 50 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Warschau: "Die Zeit ist günstig"

Seite 7 bis 9 / 126 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressnhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 - 3  
Telex: 68 66 646 - 48 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376811

## Europa ist kein Streitthema

---

### : Notwendige Klarstellungen zu aktuellen Fragen

Versuche von welcher Seite auch immer, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ihrem Kanzler so etwas wie "Europafeindlichkeit" nachsagen oder gar vorwerfen zu wollen, sind Angriffe aus falschen Voraussetzungen gegen ein falsches Ziel. Eine Alternative "gute Europäer" oder "schlechte Europäer" ist überhaupt nicht gegeben. Und die Unterstellung vom "Zuchtmeister Europas" oder vom "Wilhelminismus" ist pure Emotion ohne jede sachliche Basis.

Ganz abgesehen davon, daß das Bekenntnis zu Europa, zu einem Europa der guten Partnerschaft und der engen Kooperation zu den Grundzielen der SPD und aller ihrer Politiker gehört, kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß gerade die von sozialdemokratischen Kanzlern geführte sozialliberale Bundesregierung für dieses Europa, für seine Entwicklung und für seinen Zusammenhalt bemerkenswert große Leistungen vorweisen kann. Diese enormen sonner Beiträge werden abgestützt durch eine unermüdliche Aktivität der sozialdemokratischen Parlamentarier im Bundestag, in den Landtagen und in den Zentren der Europäischen Gemeinschaft und deren zahlreichen Verästelungen. Diese breite Palette an materiell-finanziellen und ideell-progressivem Europäertum kann sich getrost sehen lassen, zumal Leistungen und Beiträge auf allen Feldern kontinuierlich und intensiv gegeben werden und damit zu den wesentlichsten Stützen und Stärkungen der Europäischen Gemeinschaft insgesamt und in ihren Teilen gehören.

Diese Fakten vorausgestellt wird man in Europa und auch in Bonn gewiß größtes Verständnis dafür haben, daß in einer Zeit, in der alle verfügbaren Kräfte zur Wiedererlangung der Stabilität einzusetzen sind, die Forderung nach ökonomischer und finanzieller Vernunft lückenlos nach allen Seiten zu gelten hat. Die andauernde Weltwirtschaftskrise hat in ihrer nahezu totalen internationalen Verkettung die Spielräume der einzelnen Nationalstaaten erheblich eingesengt. Es wird daher unter der Voraussetzung, daß sich alle Staaten gemeinsam und jeder für sich am Abstoppen und an der Überwindung der Krise beteiligen müssen, dann auch der gemeinsamen Anstrengung aller beteiligter Staaten im Dienste Europas bedürfen. Diese Pflicht bezieht, der Kanzler hat das deutlich gemacht, auch die EG-Kommission und ihren ganzen Verwaltungsapparat ein.

Mit "Bremen" hat das überhaupt nichts zu tun. Diese Erkenntnis und Einsicht sollte doch gerade Ökonomenpolitikern zugänglich sein.

(ee/3.7.1975/ke/ee)

+ + +

Wenn Dr. Carstens aussagt...

**Der Oppositionsführer zwischen Unwahrheit und Gedächtnislücken**

10. Oktober 1974. In der 19. Sitzung des Guillaume-Ausschusses wird der Zeuge Dr. Carstens vernommen. Er macht drei politisch bedeutsame Aussagen. Alle drei gehen daneben.

Erstes Beispiel: Die BND-Dossiers über Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Der Ausschuß prüft die Frage, ob der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Generalleutnant Gerhard Wessel, den damaligen Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Dr. Karl Carstens, von der Existenz der Dossiers unterrichtet habe. Diese Akten wurden seit dem 7. Juni 1968 bei der Zentralabteilung des BND zusammengezogen. Bis zum 21. Oktober 1969 - dem Tag seiner Ablösung durch Dr. Horst Ehmke im Amte des BKA-Chefs - führte Dr. Carstens die Dienstaufsicht über den BND. Hatte er in der Zwischenzeit, immerhin mehr als ein Jahr lang, tatsächlich keine Kenntnis von den Dossiers erlangt? Mußten nicht die Gerüchte über die innenpolitische Tätigkeit des BND und die mißbräuchliche Verwendung seiner Erkenntnisse Anlaß genug gewesen sein, um über dieses Thema mit General Wessel zu sprechen?

General Wessel: "Ich kann es nicht mit Sicherheit sagen. Ich nehme aber an, daß darüber auch mit Prof. Carstens gesprochen wurde. Es ist einfach naheliegend... Ich kann es nicht mehr genau rekonstruieren. Aber ich gehe mit beinaher Sicherheit davon aus." Dr. Carstens: "Ich bin sicher, ein solches Dossier niemals zu Gesicht bekommen zu haben... Ich kann mich nicht erinnern, mit Herrn Wessel darüber gesprochen oder von Herrn Wessel darauf angesprochen zu sein... Nach der intensiven Befragung meines eigenen Gedächtnisses finde ich nichts, was mich an ein solches Gespräch erinnern würde."

Immerhin wäre es eine erstaunliche Gedächtnislücke, denn unter den Personen, über die Dossiers angefertigt worden waren, finden sich ehemalige

Bundeskanzler, Bundespräsidenten, Minister und Parteivorsitzende. Hier stimmt etwas nicht, sei es, daß der Fehler bei einer mangelhaften Dienstaufsicht oder bei einer mangelhaften Gedächtnisleistung liegt.

Zweites Beispiel: Die Aussage über Bundesminister Egon Bahr. Dr. Carstens versucht, Bahr in Verbindung zum sowjetischen Geheimdienst zu setzen und behauptet, dieser hätte für verschiedene Ostkontakte keine plausible Erklärung abgeben können.

Dr. Carstens: "Um es ganz brutal zu sagen: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß Herr Bahr es gelegentlich mit der Wahrheit nicht genau nimmt... In Kenntnis dessen, was ich inzwischen weiß, muß ich sagen, daß mein damaliges Mißtrauen (gegenüber Bundesminister Egon Bahr) unterentwickelt war." Demgegenüber hatte der damalige Pressesprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Dr. Günter Diehl, am 3. Februar 1969 vor der Bundespressekonferenz erklärt, daß es keine Anhaltspunkte für geheime Ostkontakte Egon Bahrs gebe. Auch der ehemalige Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger bestätigte vor dem Guillaume-Ausschuß, daß er von Bahr eine ausreichende Erklärung für alle Ostkontakte erhalten habe. Das "Flensburger Tageblatt" dazu am 18. Oktober 1970: "(Dr. Carstens habe) wider besseres Wissen versucht..., Egon Bahr der Konspiration mit dem sowjetischen Geheimdienst zu verdächtigen."

Drittes Beispiel: Die Beteiligung des BND am Waffenhandel. Dr. Carstens Aussage zu diesem Komplex läßt sich dahin zusammenfassen, daß er sich als Chef des Bundeskanzleramtes nicht um das Problem Waffenhandel beim BND gekümmert habe; daß er jedenfalls bis zu seiner Vernehmung vor dem Ausschuß keine Anhaltspunkte für eine Beteiligung des BND am Waffenhandel in den Jahren 1968/69 gehabt habe, und daß ihm der Name des Waffenhandelsunternehmens Dobartin, Hamburg, nichts sage.

Diese Aussage nun mündete in einen handfesten Skandal. Der Chef des Bundeskanzleramtes, Dr. Manfred Schöler, stellte am 17. April 1975 im Deutschen Bundestag fest:

1/ Dr. Carstens hatte als Chef des Bundeskanzleramtes Kenntnis von der Beteiligung des BND an Waffengeschäften in den Jahren 1964 bis 1967;

2/ der BND war auch in den Jahren 1968/69 an Waffengeschäften beteiligt.

General Wessel hatte Dr. Carstens am 10. Juli 1969 mündlich über die Beteiligung des BND am Waffenhandel vorgetragen. Ferner existierten zwei Vermerke vom 11. Juli und 1. August 1969, die Dr. Carstens damals abge-

zeichnet bzw. mit handschriftlichen Anmerkungen versehen hat, sowie sein Briefentwurf an den damaligen Staatssekretär des Bundesfinanzministeriums in dieser Sache. Schließlich hatte Dr. Carstens am 23. Juli 1969 eine schriftliche Weisung an den zuständigen Referenten erteilt, den Komplex Waffenhandel und BND zu prüfen.

Trotzdem behauptete Dr. Carstens am 21. Oktober 1974: "...in der Zeit, in der ich den BND zu beaufsichtigen hatte, sind mir mit Sicherheit über unerlaubte Waffengeschäfte des BND keinerlei Mitteilungen gemacht worden. Ich habe davon mit Sicherheit nichts gehört...". Als Dr. Carstens am 2. Juni 1975 in der "MONITOR"-Sendung interviewt wurde, gab er sich schon aufgeschlossener. Auf die Frage, ob er nicht auf jeden Fall über die Beteiligung des BND am Waffenhandel mehr gewußt als gesagt habe, antwortete er: "Ja, ich hatte keine Aussagegenehmigung für eine Aussage zu diesem Komplex überhaupt. Ich mußte also im Hinblick auf die Verschwiegenheitspflicht, die mir obliegt, äußerst zurückhaltend in meinen Äußerungen sein."

Jetzt schwebt ein Rechtsstreit vor dem Landgericht Bonn zwischen Dr. Carstens und dem stellv. SPD-Fraktionsvorsitzenden Günther Metzger, der sich die Behauptung erlaubt hatte, Dr. Carstens habe vor dem 2. Untersuchungsausschuß unrichtig und unvollständig, also unwahr ausgesagt. Der Prozeß fürderte einiges zu Tage. So hatte sich das Gedächtnis von Dr. Carstens im Hinblick auf seine Kenntnis von dem Waffenhandelsunternehmen Dobertin, Hamburg, wesentlich gebessert. "Der Kläger hat nachträglich... festgestellt, daß ihm die Firma Dobertin in der Zeit, in welcher er Chef des Bundeskanzleramtes war, genannt worden (sei)." Vielleicht kann man dem Gedächtnis von Dr. Carstens noch einen Ruck geben: MdB Metzger behauptet und hat unter Beweis gestellt, daß mit Wissen und Billigung von Dr. Carstens in den Jahren 1968/69 ein BND-Angehöriger mit dem Ziel beurlaubt worden ist, ihn der Firma Dobertin für deren Geschäfte zur Verfügung zu stellen. Hierüber sind Akten im Bundeskanzleramt vorhanden.

Drei Aussagen, drei Nietens. Abg. Metzger hat im Prozeß sein Recht, die Unwahrheit der Aussage von Dr. Carstens vor dem 2. Untersuchungsausschuß aufzudecken, unter anderem mit dem Hinweis begründet, daß "die unzutreffende und unvollständige Aussage eines Spitzenpolitikers vor einem parlamentarischen Gremium...für die Beurteilung nicht nur seiner Gesamtpersönlichkeit, sondern auch seines Leistungsvermögens und seiner Sorgfalt im Umgang mit derartigen Einrichtungen von großer Bedeutung (ist)." Dr. Carstens, der "Mann mit der weißesten Weste, die es je gab" (CDU-MdB Jürgen Wohlrabe), "ein wahrer Herr" ("Welt") hat Schwierigkeiten. Aus der Tendenz, sein Image zu wahren und alte Mitstreiter um das christliche Europa wie Reinhard Gehlen "nicht im Regen stehen zu lassen", sind ihm Fallstricke erwachsen, Gedächtnislücken, Unvollständigkeiten, Unwahrheiten.

Reinhard Schubert  
(-/3.7.1975/ks/pr)

+ + +

EG erarbeitet Kernkraftwerke-Programm

Standortwahl nach dem Leitwort: Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit

Von Gerhard Flämig MdB

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie  
des Europäischen Parlaments

Das Dokument zu Fragen der Standortvorsorge und Sicherheit von Kernkraftwerken, das der Energie-Ausschuß des Europäischen Parlamentes beraten hat, wird wegen der Fülle der dort angesprochenen Probleme nicht nur die europäischen Gremien noch lange beschäftigen, sondern auch in den nationalen Parlamenten und in den internationalen Gremien intensiv diskutiert werden.

Das Energieprogramm der Europäischen Gemeinschaft ebenso wie das der Bundesregierung und dessen erste Fortschreibung sehen vor, daß innerhalb weniger Jahre die Kernkraftwerkeleistung in der Bundesrepublik zügig ausgebaut werden soll, ohne die Ausbeutung der Kohle und die Entwicklung umweltfreundlicher Ersatzenergien zu vernachlässigen. Die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen sollten daher nicht müde werden, geschlossen auf die Notwendigkeit des Ausbaus der Kernkraftwerke unter dem vorrangigen Gesichtspunkt der Sicherheit vor der Wirtschaftlichkeit hinzuweisen. Dies bedeutet die Aufrechterhaltung bzw. Verbesserung aller bestehenden Sicherheitstandards in den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen, insbesondere der Strahlenschutzverordnung. Dies bedeutet beispielweise aber auch die dringend notwendige Entwicklung und Errichtung eines flugzeugsicher- und sabotagesicheren Plutoniumbunkers.

Diese Komplexität der jetzigen Genehmigungsverfahren führt dazu, daß alle Maßnahmen, auch die, die eindeutig der Erhöhung der Sicherheit dienen, oft nur schwer und unter großem Zeitaufwand genehmigt werden und daher für lange Zeiträume unterbleiben. Es ist daher zu überlegen, wie das jetzige Genehmigungsverfahren vereinfacht und transparenter gemacht werden kann. Diese Entwirrung der Genehmigungsverfahren darf jedoch nicht dazu füh-

ren, daß der Schutz der Betroffenen abgebaut wird. Vielmehr gilt es zu fragen, wie er beispielsweise durch eine andere Verteilung von Zuständigkeiten und die Mitwirkung der Betroffenen wirksam verbessert werden kann, wozu auch gehört, daß Gesetze und Gesetzesänderungen mit den Betroffenen rechtzeitig erörtert werden und die Mitwirkung von Bürgerinitiativen und Verbänden beim Genehmigungsverfahren in ein geordnetes überschaubares Verfahren gebracht wird.

Nach den bisherigen Erfahrungen wird es nötig sein, den Anspruch der Bürger auf wahrheitsgemäße öffentliche Informationen besser zu erfüllen. Durch die Offenlegung von Gründen und Konsequenzen der Errichtung eines Kernkraftwerkes kann wirren und unkorrekten Behauptungen wirksam entgegengetreten werden. Die Initiative von Bürgern - Gruppen, Verbänden und einzelnen - darf nicht eingeschränkt, sondern ihre Mitwirkung soll vielmehr rechtlich besser gesichert und das Entscheidungsverfahren transparenter gemacht werden. Die Schwierigkeiten, die dem weiteren Ausbau der Kernenergie entgegenstehen, müssen sowohl den gesetzgebenden Organen als auch den beteiligten Behörden und der Bevölkerung klar und verständlich gemacht werden.

Deshalb ist es zu begrüßen, daß die EG jetzt darangeht, für die Auswahl neuer Standorte von Kernkraftwerken rechtzeitig ein Programm zu erarbeiten. Dieses Programm sollte innerhalb der Europäischen Gemeinschaft abgestimmt werden, damit die Forderung nach dem Vorrang der Sicherheit vor der Wirtschaftlichkeit wirkungsvoll durchgesetzt werden kann und zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft keine Wettbewerbsverzerrungen auftreten.

(-/3.7.1975/ka/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Warschau: "Die Zeit ist günstig"

In der "Trybuna Ludu" vom 1. Juli nahm deren Deutschlandexperte Ryszard Wojna aktuell zum deutsch-polnischen Verhältnis Stellung. Wir geben den Artikel seiner Bedeutung halber im Wortlaut wieder.

"Relativ selten kommentieren wir letzstens den Teil des Normalisierungsprozesses zwischen Polen und der Bundesrepublik, der die Regelung der aus der schmerzlichen Vergangenheit erwachsenden Fragen betrifft. Wir kommentieren ihn deshalb selten, weil eigentlich nur wenig neue Elemente vorhanden sind.

Nichtsdestoweniger erreichen uns in der letzten Zeit über Presse, Rundfunk und Fernsehen Stimmen vom Rhein, die von einem dort immer breiter werdenden Verständnis für die Notwendigkeit der Erledigung und konstruktiven Behandlung der Fragen zu zeugen scheinen, die immer noch nicht erledigt sind und somit die gesamten politischen Beziehungen zwischen unseren Staaten beeinträchtigen. Einige dieser Stimmen verdienen vermerkt zu werden, um damit zu bekunden, daß wir sie vernehmen, und daß wir die darin enthaltene Erklärung des guten Willens erkennen.

Vor knapp einem Monat erschien in der Hamburger 'Zeit' ein Artikel des außenpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Bruno Friedrich. Der Verfasser erblickt in der aktuellen Etappe des Dialogs zwischen Warschau und Bonn möglicherweise 'eine letzte Chance, die 1970 begonnene Ausöhnung zwischen Polen und Deutschen fortzusetzen, ehe im Dickicht gegenseitiger Verwürfe und Mißverständnisse die alten Vorurteile des damals neu begründete Verhältnis wie hochschießendes Unkraut überwuchern und schließlich erticken'.

In derselben Zeit gewährte das Mitglied des außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Prof. Schweitzer (SPD), dem Sender Ries ein Interview, in dessen Verlauf er u.a. feststellte, daß gegenwärtig in Warschau und Bonn intensive Bemühungen zur befriedigenden Regelung der noch offenen Probleme im Gang sind, und daß der Warschauer Vertrag mit seinen Bestimmungen über die Gebiete jenseits der Oder-Neiße für die Deutschen den endgültigen Schlußpunkt unter die unglückselige Vergangenheit des Dritten Reiches setzte, von den Polen aber als wesentliche Bedingung für die Aufnahme von Gesprächen mit den Deutschen im Geiste der Versöhnung und der Regelung der strittigen Probleme überhaupt angesehen wird, einschließlich der Probleme, die die Vergangenheit des Dritten Reiches betreffen. Im Interesse der endgültigen Versöhnung zwischen beiden Völkern sollte diese Verständigung in den nächsten Wochen und Monaten eintreten und jene Seite Verständnis für die Schwierigkeiten der anderen Seite aufbringen.

Appelle, die die Bonner Entscheidungszentren zur Eile mahnen, wurden auch seitens einiger Vertreter der Opposition erhoben. Nach den konstruktiver

Äußerungen des ehem. Außenministers Schröder/CDU/, ergriff Philip von Bismarck, der Sprecher der Landmannschaft Pommern, ein namhafter Vertreter und Bundestagsabgeordneter der CDU, das Wort. Im Gespräch mit westdeutschen Journalisten - ich zitiere nach der 'Frankfurter Rundschau' - sagte er warnend: 'Wenn jetzt nicht bald eine Regelung der finanziellen Forderungen Polens und der damit zusammenhängenden Fragen zustande komme, müsse man mit einer lang andauernden Verkrampfung des deutsch-polnischen Verhältnisses rechnen.' Wohl zum erstenmal kündigte auch der ehem. Bundesminister und CDU-Bundestagsabg. Hoecherl mögliche Änderungen in der Haltung gegenüber den Postulaten Polens an.

Diese Äußerungen weckten bei dem Kommentator der 'Süddeutschen Zeitung' Vermutungen darüber, daß sich auf diesem schwierigen Abschnitt des Dialogs etwas geändert hätte, und daß die Regierung möglicherweise im Bundestag auch seitens der Opposition eine gewisse Unterstützung erhalten würde, wenn die Diskussion über diesen ganzen Fragenkomplex in ihr Endstadium eintreten würde. Diese und ähnliche Stimmen sind natürlich für die Gegner der Normalisierung der Beziehungen zu Polen Grund zu Gereiztheit. Der CDU-Bundestagsabg. Herbert Czaja, stellt in der rechtsorientierten katholischen Wochenzeitung 'Rheinischer Merkur' empört fest, daß die 'Polen-Lobby kräftig am Werk' sei und wirft den Bonner 'profilneurotischen Politikern' vor, daß sie 'ohne Mut zu hartem und gerechtem Verhandeln für unbesehene Erfüllung polnischer Forderungen plädieren'.

In den Äußerungen mancher Bonner Politiker sind auch Appelle an Warschau enthalten, Verständnis für die von Bonn vorgebrachten Fragen aufzubringen. Wir antworten darauf rundheraus: Wir haben in der Vergangenheit und wollen auch in Zukunft Beweise des guten Willens bei der Lösung z.B. der Frage der Familienzusammenführung geben, die man in Bonn so häufig in den Vordergrund der bestehenden Schwierigkeiten stellt. Im Rahmen dieser Aktion sind in den vergangenen Jahren über eine halbe Million Menschen nach beiden deutschen Staaten ausgewandert und dies ohne jegliches Junktim mit dem, was man in der deutschen Sprache als 'Gegenleistung' bezeichnet. In dem erwähnten Artikel von Bruno Friedrich und auch in dem RIAS-Interview bekunden die SPD-Politiker auch in der Einschätzung dieser Frage Realismus. Dabei wird rundheraus festgestellt, daß man die von einigen Kreisen in Bonn vorgebrachten Zahlen über weitere Kandidaten zur Ausreise aus Polen im Rahmen der "Familienzusammenführung" für sehr übertrieben halte. Man sprach sich dafür aus, als Ausgangspunkt geringere Zahlen als die anzunehmen, die gegenwärtig zur Debatte stehen.

Indem wir einige dieser Äußerungen vermerken, möchten wir hinzufügen, daß der Impuls zum konstruktiven Denken und zur realistischen Einschät-

zung der Beziehungen zu Polen von Bundeskanzler Helmut Schmidt ebenfalls in einem RIAS-Interview vom 23. März dieses Jahres gegeben wurde. Ausgehend davon, daß er schon als Finanzminister 1973 den Vorschlag einer Verständigung mit Polen über die Rentenversicherung unterbreitet hatte und sich dabei von breiteren Gesichtspunkten leiten ließ, stellte er fest: 'Ich habe, ohne die polnische Sprache zu verstehen, aus meiner Vorstellung von der Geschichte Europas, von diesen 200 Jahren seit der ersten polnischen Teilung, wie wir sie schon in der Schule gelernt haben, eine innere Notwendigkeit empfunden, beizutragen dazu, daß diese beiden Nachbarvölker in Zukunft in Frieden miteinander leben und in gegenseitigem Verständnis miteinander leben'. Wir wollen von uns aus hinzufügen, daß wir nicht vergessen haben, daß gerade Helmut Schmidt im Jahre 1966 auf dem SPD-Parteitag in Dortmund für eine realistische Haltung in der Frage der Gestaltung der Beziehungen zu Polen auf neuer Grundlage eingetreten ist.

Davon, daß die Stimmen der Bonner Politiker in Warschau vernommen worden sind, zeugte die Feststellung des Ersten Sekretärs unserer Partei, Edward Gierek, an einem denkwürdigen Ort, nämlich in Auschwitz. Er sagte damals: 'Der Vertrag von 1970 hat die Chance der vollen Normalisierung der Beziehungen Polens auch zur Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Im Lebensinteresse beider Staaten und auch ganz Europas liegt die Nutzung dieser Chance für die Überwindung der Vergangenheit und für die Gestaltung der Zukunft. Wir äußern unsere Zufriedenheit darüber, daß auch in der Bundesrepublik Deutschland und in ihrer Regierung Ansichten heranreifen, daß die Erledigung dieser bedeutsamen Frage erforderlich ist'.

Die Zeit ist günstig. Die Vorbereitungen zur Krönung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mit dem Gipfeltreffen der führenden Persönlichkeiten aller Staaten unseres Kontinents sowie der Vereinigten Staaten und Kanadas in Helsinki, sind in ihr Schlußstadium eingetreten. Es wäre wohl angebracht, daß die Vertreter Polens und der BRD dort ohne Probleme im Gepäck erscheinen, die noch ihrer Lösung harren."  
(-/3.7.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller